



Zentralstelle KDV – Sielstraße 40 – 26345 Bockhorn

Zentralstelle für Recht und Schutz  
der Kriegsdienstverweigerer  
aus Gewissensgründen e. V.

#### Service-Büro

Sielstraße 40 · 26345 Bockhorn

Tel.: 04453 / 98 64 888 · Fax: 04453/9864890

Zentralstelle.KDV@t-online.de

www.Zentralstelle-KDV.de

Präsidentin: Dr. Margot Käßmann, Hannover

Vorsitzende: Barbara Kramer, Braunschweig

Stellvertretende Vorsitzende: Michael Germer,

Frankfurt, und Stefan Philipp, Stuttgart

Schatzmeister: Hans-Jürgen Wiesenbach, Bremen

Geschäftsführer: Peter Tobiasen

Bockhorn, den 2. März 2007

## Kurze Chronik der Zentralstelle KDV

*Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 wird als Grundrecht im Artikel 4 Absatz 3 festgelegt: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz." 1956 führt der Bundestag die Wehrpflicht (wieder) ein, am 1. April 1957 treten die ersten Wehrpflichtigen den (12-monatigen) Dienst bei der Bundeswehr an.*

**1956:** Durch die Wehrverfassung und das Wehrpflichtgesetz wird die friedensstaatliche Ausrichtung des Grundgesetzes aufgehoben. Das Grundrecht der KDV wird durch die Regelung des Wehrpflichtgesetzes dem Verwaltungsrecht zugeordnet mit der Folge, dass KDV einen Antrag stellen, das Recht dazu selbst beweisen und dieses von einem Ausschuss der Wehrverwaltung überprüfen lassen müssen.

Der Ausschuss für Wehrdienstverweigerungsfragen der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände“ organisiert erste Beratungen für Kriegsdienstverweigerer und bereitet die Gründung einer deutschen Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen vor.

**2. März 1957:** Gründung der Zentralstelle KDV mit 11 Mitgliedsverbänden; Vorsitzender: Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Siegmund-Schultze (1885-1969); Sitz der Zentralstelle KDV in Soest

Im Mai 1957 legt die Bundesregierung den "Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst" vor, der eine Dienstdauer von 21 Monaten vorsieht. Einsatzbereiche sollen "insbesondere Neulandgewinnung, Kultivierung von Ödland, Anlage von Einrichtungen für soziale und karitative Zwecke, ferner Dienst in der öffentlichen Krankenpflege und bei der Verhütung und Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder Unglücksfälle hervorgerufen werden, sowie passiver ziviler Luftschutz" sein.

**1958:** Bei den hier angegebenen KDV-Zahlen ist es wichtig zu wissen, dass es um „registrierte KDV-Anträge“ geht. Bis Mitte 1977 wurden nur die KDV-Anträge registriert, die nach der Musterung als Anträge von tauglichen und verfügbaren Wehrpflichtigen schließlich zu den Prüfungsausschüssen kamen. Das war nur ein Teil der Anträge und bedeutete meist auch erhebliche zeitliche Verzögerungen zwischen dem Tag der Antragstellung und der Registrierung.

*Zahl der KDV-Anträge: 2.447*

**1959:** Dr. Heinz Kloppenburg (1903-1986) wird Vorsitzender, Siegmund-Schultze übernimmt die Präsidenschaft. Der Sitz der Zentralstelle KDV wird nach Dortmund an den Wohnsitz Kloppenburgs verlegt.

Die Zentralstelle KDV betreibt eine kontinuierliche Informationsarbeit über die Regularien der KDV-Antragstellung.

*Zahl der KDV-Anträge: 3257*

**1960:** Nach dem Aufbau der Kader für die Bundeswehr sollen allgemeine Einberufungen beginnen. Deshalb beschließt der Bundestag das "Gesetz über den zivilen Ersatzdienst". Die Dienstdauer wird auf 12 Monate festgesetzt und als Ausgleich für die Wehrübungen der Soldaten eine zweite Dienstzeit von neun Monaten. Sie gilt bis zum Zivildienstgesetz von 1973, wird aber kaum praktiziert, weil es nur geringe Wehrübungen gibt und die grobe Ungleichbehandlung zu offensichtlich ist. Als Aufgaben des Zivildienstes nennt das Gesetz "insbesondere Dienst in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten". Der Dienst soll im Regelfall bei anerkannten Organisationen abgeleistet werden, die überwiegend gemeinnützigen und mildtätigen Aufgaben dienen. Zugeordnet wird die Durchführung des Ersatzdienstgesetzes dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Dass das Ersatzdienstgesetz gegenüber dem Regierungsentwurf deutlich gemildert und entschärft wurde, ist auch der entsprechenden Lobbyarbeit der Zentralstelle KDV zu verdanken.

Zum 10. April 1961 werden die ersten Kriegsdienstverweigerer zum zivilen Ersatzdienst einberufen.

*Zahl der KDV-Anträge: 5.439*

**1961:** *Zahl der KDV-Anträge: 3.804*

**1962:** Die Dauer des Grundwehrdienstes wird auf 18 Monate verlängert, ebenso die Dauer des zivilen Ersatzdienstes.

*Zahl der KDV-Anträge: 4.489*

**1963:** *Zahl der KDV-Anträge: 3.311*

**1964:** *Zahl der KDV-Anträge: 2.777*

**1965:** *Zahl der KDV-Anträge: 3.437*

**1966:** *Zahl der KDV-Anträge: 4.431*

**1967:** Das Amt des Vorsitzenden wird abgeschafft, Kloppenburg wird Präsident, Siegmund-Schultze Ehrenpräsident.

*Zahl der KDV-Anträge: 5.963*

**1968:** Nicht nur die Studentenbewegung sondern insbesondere der Vietnamkrieg und die Entsendung des Lazarettschiffes Helgoland nach Vietnam ließen die KDV-Zahlen steigen. Das begann 1967, wurde aber erst 1968 bei den Registrierungen wirksam. Die *Zahl der in diesem Jahr registrierten KDV-Anträge liegt bei 11.952.*

**1969:** Einrichtung des Lagers Schwarmstedt für Ersatzdienstleistende. Die Dienstleistenden wurden in einem von Stacheldraht umzäunten Barackenkomplex untergebracht und mit Bussen in die Dienststellen gefahren. Der Protest der Ersatzdienstleistenden gegen diese Unterbringung wurde von der Zentralstelle KDV unterstützt. Das Lager wurde im Februar 1970 wieder aufgelöst.

*Zahl der KDV-Anträge: 14.420*

**1970:** Kloppenburg wird als Präsident bestätigt, Vizepräsident wird Pastor Ulrich Finckh.

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Iven wird erster "Bundesbeauftragter für den zivilen Ersatzdienst".

*Zahl der KDV-Anträge: 19.363*

**1971:** Das Amt des Vorsitzenden wird wieder eingeführt, Vorsitzender wird Ulrich Finckh (und bleibt das bis 2003); der Sitz der Zentralstelle KDV wird nach Bremen verlegt. Präsident bleibt Kloppenburg (bis zu seinem Tod 1986).

Der Grundwehrdienst wird von 18 auf 15 Monate verkürzt, der Zivildienst auf 16 Monate.

Empfang des Vorstands der Zentralstelle KDV bei Bundespräsident Heinemann.

*Zahl der KDV-Anträge: 27.657*

Bis Ende 1971 wurden 100.795 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Anerkannt wurden bis Ende 1971 56.348 Kriegsdienstverweigerer

**1972:** *Zahl der KDV-Anträge: 33.792; Zahl der KDV-Anerkennungen: 14.243*

**1973:** Mit dem "3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst" wird der "zivile Ersatzdienst" in "Zivildienst" umbenannt, das Bundesamt für den Zivildienst wird errichtet sowie ein Beirat für den Zivildienst beim zuständigen Bundesministerium eingerichtet, dem die Zentralstelle KDV von Beginn an angehört. Der Beirat wird zu je einem Drittel von Vertretern der Verbände der Dienststellen, der Öffentlichkeit und der KDV gebildet. Die Zentralstelle erreicht, dass unter den sechs Vertretern der KDV drei ZDL sind.

*Zahl der KDV-Anträge: 35.192; Zahl der KDV-Anerkennungen: 16.757*

**1974:** Das Zivildienstgesetz tritt in Kraft. Die zweite Dienstzeit von neun Monaten wird gestrichen. Je angefangener tatsächlicher Monat Wehrübungszeit wird pauschal ein Monat an den Zivildienst angehängt, praktisch bedeutet das die Verlängerung um einen Monat.

Hermann Brinkmann begeht in Verzweiflung über die Nichtanerkennung als Kriegsdienstverweigerer Selbstmord. Seine Todesanzeige erscheint am 23.1.1974 in der Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Im April fordern 225 kirchliche Beistände auf einem Kongress „Gegen die Inquisition der Gewissen“ in Bonn die sofortige Einstellung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer.

Im Mai versprachen Abgeordnete von SPD und FDP auf einer Großveranstaltung der KDV-Verbände „Grundrechte schützen“ zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes, die parlamentarische Initiative für die Abschaffung der Prüfungsverfahren zu ergreifen.

Im Oktober schlägt der Verteidigungsminister vor, das Prüfungsverfahren bis auf Widerruf auszusetzen. Dieser Vorschlag geht in die parlamentarische Beratung.

*Zahl der KDV-Anträge: 34.150; Zahl der KDV-Anerkennungen: 19.501*

**1975:** *Zahl der KDV-Anträge: 32.565; Zahl der KDV-Anerkennungen: 23.803*

**1976:** Der Bundestag beschließt die Aussetzung der Prüfungsverfahren, der Bundesrat stimmt dagegen. Der Bundespräsident fertigt das Gesetz nicht aus. Es bleibt bei den Ausschussverfahren.

*Zahl der KDV-Anträge: 40.618; Zahl der KDV-Anerkennungen: 16.003*

**1977:** Das Parlament beschließt eine Neuregelung des KDV-Anerkennungsverfahrens ("Postkartenregelung"), das am 1.8.1977 in Kraft tritt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz klagen gegen das neue Gesetz und erwirken zunächst eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts, die das modifizierte Wehrpflicht- und Zivildienstgesetz am 15.12.1977 außer Anwendung setzt.

8-Punkte-Plan des Bundesregierung zur Veränderung des Zivildienstes, unter anderem Kasernierung aller Zivildienstleistender, heimatferne Einberufungen, Vorrangiger Einsatz in der Alten und Behindertenarbeit und im Katastrophenschutz, Werbung für den Dienst in der Bundeswehr. Die Zivildienstkaserne Vinckehof in Castrop-Rauxel wird eingerichtet.

Die KDV-Statistik wird heimlich umgestellt. Es werden nicht mehr die Anträge der tauglichen und verfügbaren Wehrpflichtigen nach der Musterung registriert sondern alle Anträge sofort mit Eingang beim KWEA, auch vorsorgliche Anträge von Eltern für Babys und demonstrative Anträge von Rentnern etc. Zudem müssen die noch nicht registrierten Anträge mitgezählt werden. Das täuscht eine „Verweigererflut“ vor.

Da die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer in der Zeit vom 1.8. bis 15.12. durch die Vereinbarung des Zivildienstes erfolgt, ist die Zahl der Anerkennungen wegen der noch offenen Verfahren aus den Vorjahren in diesem Jahr höher als die Zahl der registrierten Anträge.

*Zahl der KDV-Anträge: 69.969; Zahl der KDV-Anerkennungen: 81.831*

**1978:** Im Januar streikt ein Drittel der Zivildienstleistenden einen Tag lang gegen die Kasernierungspläne im Zivildienst, 12.000 Menschen kommen am nächsten Tag zu einer Demonstration nach Dortmund. Auf der Kundgebung spricht Herbert Fröhlich vom Vorstand der Zentralstelle KDV

Peter Tobiassen beginnt als studentische Aushilfe seine Tätigkeit bei der Zentralstelle KDV und ist bis heute dort als Geschäftsführer tätig.

Das Bundesverfassungsgericht erklärt die KDV-Neuregelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar. Erst im Nachhinein gelingt es der Zentralstelle KDV und vor allem ihrem Vorsitzenden Finckh nachzuweisen, dass die von der Regierung dem Gericht vorgelegten Zahlen, die das Urteil stützten, ein statistischer Betrug waren. Während zuvor nur die KDV-Anträge registriert wurden und in den Statistiken ausgewiesen wurden, die von tauglichen Wehrpflichtigen kamen und die keine Wehrdienstausnahme beanspruchen konnten, wurden nun alle KDV-Anträge in der Statistik ausgewiesen, ohne dass die Regierung die Umstellung deutlich machte. Dadurch entstand der Eindruck, dass die Zahl der Kriegsdienstverweigerer enorm angestiegen war, gleichzeitig aber nicht

genügen Zivildienstplätze zu Verfügung stünden, so dass jeder anerkannte Kriegsdienstverweigerer auch zum Zivildienst herangezogen werden kann.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gilt wieder die alte Gesetzeslage, nach der jeder Kriegsdienstverweigerer in ein mündliches Gewissensprüfungsverfahren muss. Diese Praxis wird von der Zentralstelle KDV als Inquisition gegeißelt.

Totale Kriegsdienstverweigerer schließen sich zur Gruppe „Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus“ zusammen. Die Gruppe wird Mitgliedsverband in der Zentralstelle KDV.

Die Zahl der registrierten sinkt, weil die Statistik wieder auf bisherige Registrierung umgestellt wird (Eingang beim Ausschuss für Kriegsdienstverweigerung). Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht alle KDV-Anerkennungen aus der Zeit vom 1.8. bis 15.12.1977 rückgängig gemacht. Nur wer schon einen Ersatzdienst angetreten hat, bleibt als KDV anerkannt. Aus diesem Grunde sinkt die Gesamtzahl der Anerkennanten Kriegsdienstverweigerer in diesem Jahr trotz der Anerkennungen, die natürlich auch 1978 erfolgten.

*Zahl der KDV-Anträge: 36.986; Zahl der KDV-Anerkennungen: (minus) -42.541*

**1979:** Es wird die Broschüre „Theorie eines Grundrechts – Praxis einer Wehrbehörde“ veröffentlicht, in der 20 wortgleiche Ablehnungsbescheide des Prüfungsausschusses Ravensburg abgedruckt werden.

*Zahl der KDV-Anträge: 45.545; Zahl der KDV-Anerkennungen: 30.750*

**1980:** *Zahl der KDV-Anträge: 54.193; Zahl der KDV-Anerkennungen: 33.483*

**1981:** Kongress „Menschenrecht Gewissensfreiheit“ mit 380 Teilnehmern in Köln. Ulrich Finckh sagt in seiner Eröffnungsrede: „An dem zentralen Punkt der Gewissensfreiheit erleben wir Tag für Tag unseren Staat als Unrechtsstaat. An jedem Arbeitstag werden über 250 mal junge Menschen unter Verletzung ihrer Menschenwürde ausgefragt, über 150 mal abgewiesen.“ Zu der geplanten Politikerrunde erscheint trotz vorheriger schriftlicher Zusagen kein Abgeordneter.

*Zahl der KDV-Anträge: 58.051; Zahl der KDV-Anerkennungen: 30.008*

**1982:** Die Zentralstelle KDV besteht 25 Jahre. Am 5./6. März findet im Bremer Gewerkschaftshaus und im Bremer Rathaus die Jubiläumsveranstaltung statt. Die Zahl der Mitgliedsorganisationen ist auf 25 angewachsen, monatlich wenden sich 400 Ratsuchende an die Zentralstelle KDV. Die Zentralstelle KDV wird als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses Ravensburg wird in den Ruhestand versetzt, als durch eine Anfrage im Bundestag bekannt wurde, dass er bis 1945 am Volksgerichtshof gearbeitet und geurteilt hatte.

*Zahl der KDV-Anträge: 59.776; Zahl der KDV-Anerkennungen: 33851*

**1983:** *Zahl der KDV-Anträge: 68.334; Zahl der KDV-Anerkennungen: 17.796*

**1984:** Das von der CDU/CSU/FDP-Koalition beschlossene KDV-Neuregelungsgesetz tritt in Kraft, mit dem für alle KDV-Antragsteller, die zum ersten Mal einen KDV-Antrag stellen und nicht bereits zur Bundeswehr einberufen sind, ein schriftliches Anerkennungsverfahren etabliert wird. Der Zivildienst dauert 20 Monate, die Bereitschaft, den um ein Drittel gegenüber dem Grundwehrdienst längeren Zivildienst als "lästige Alternative" zu leisten, wird als Beleg für die "Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung" betrachtet.

*Zahl der KDV-Anträge: 43.875; Zahl der KDV-Anerkennungen: 40.631*

**1985:** Die Normenkontrollklage gegen die KDV-Neuregelung von den Bundesländern Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie 196 Bundestagsabgeordneten entscheidet das Bundesverfassungsgericht mehrheitlich negativ (mit den beachtlichen Sondervoten der Richter Mahrenholz und Böckenförde) und stellt die Vereinbarkeit des Gesetzes mit dem Grundgesetz fest.

*Zahl der KDV-Anträge: 53.907; Zahl der KDV-Anerkennungen: 55.178*

**1986:** Das vom Parlament beschlossene "Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes" sieht die Verlängerung des Grundwehrdienstes ab Mitte 1989 von 15 auf 18 Monate vor.

*Zahl der KDV-Anträge: 58.963; Zahl der KDV-Anerkennungen: 57.752*

**1987:** *Zahl der KDV-Anträge: 62.817; Zahl der KDV-Anerkennungen: 52.305*

**1988:** *Zahl der KDV-Anträge: 77.048; Zahl der KDV-Anerkennungen: 58.614*

**1989:** Die beschlossene Wehrdienstverlängerung von 15 auf 18 Monate wird rückgängig gemacht (und per Gesetz für einen Zeitraum von drei Jahren ausgesetzt).

*Zahl der KDV-Anträge: 77.398; Zahl der KDV-Anerkennungen: 79.435*

**1990:** Die DDR erlässt die Zivildienstverordnung, die mit einer einfachen KDV-Erklärung auskommt.

Mit dem Anschluss der DDR gelten alle BRD-KDV-Regelungen auch in den neuen Bundesländern. Die in der DDR nach dem Sturz der SED-Herrschaft praktizierte liberale Regelung, wonach eine einfache Erklärung ausreichend war, um nicht zum Militär einberufen zu werden (DDR-Zivildienstverordnung), wird nicht für eine Liberalisierung genutzt.

Der 2+4-Vertrag legt die Obergrenze der (gesamtdeutschen) Bundeswehr auf 370.000 Soldaten fest. Die Grundwehrdienstdauer wird von 15 auf 12 Monate verkürzt, die Dauer des Zivildienstes auf 15 Monate reduziert.

Wehrdiensttotalverweigerer, Bausoldaten und Zivildienstleistende der DDR werden als Kriegsdienstverweigerer auch in der BRD anerkannt. Die Zentralstelle informiert mit zigtausend Flugblättern und Informationsbroschüren in der ehemaligen DDR und Berlin über die neue Rechtslage.

Die Mitgliederversammlung der Zentralstelle KDV legt als gemeinsames zentrales Ziel die Abschaffung der Wehrpflicht fest.

*Zahl der KDV-Anträge: 74.309; Zahl der KDV-Anerkennungen: 82.551*

**1991:** Mitte Januar beginnt der Golfkrieg (Operation "Desert Storm", Befreiung Kuwaits von irakischer Besetzung). Dieser Krieg vornehmlich der USA, an dem Deutschland finanziell, jedoch nicht mit eigenen Soldaten beteiligt war, führt zu einer Verdoppelung der *Zahl der KDV-Anträge auf 151.214 (Zahl der KDV-Anerkennungen: 65.921)*. Ein erheblicher Anteil davon sind die Anträge von Reservisten, deren Zahl sich gegenüber dem Vorjahr auf über 37.000 versechsfacht.

Die Vizepräsidentin des Bundestages Renate Schmidt gibt zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer einen Empfang für die Zentralstelle KDV, ein wichtiger Schritt zur Würdigung der Arbeit.

**1992:** *Zahl der KDV-Anträge: 133.856; Zahl der KDV-Anerkennungen: 218.526*

**1993:** Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon wird Präsident der Zentralstelle KDV.

*Zahl der KDV-Anträge: 131.057; Zahl der KDV-Anerkennungen: 125.976*

**1994:** Fachtagung „Allgemeine Dienstpflicht – Falsche Antwort auf richtige Fragen“

Das Bundesverfassungsgericht billigt Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von Uno und Nato (mit Parlamentsvorbehalt).

*Zahl der KDV-Anträge: 125.765; Zahl der KDV-Anerkennungen: 120.042*

**1995:** Fachtagung „Der Widerstreit zwischen Wehrpflicht und Gewissen“

*Zahl der KDV-Anträge: 160.569; Zahl der KDV-Anerkennungen: 172.144*

**1996:** Die Grundwehrdienstdauer wird von 12 auf 10 Monate verkürzt, die Dauer des Zivildienstes auf 13 Monate reduziert.

Maßgebliche Beteiligung an der Gründung des Trägerkreises „Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongress Osnabrück 1998“ zur Vorbereitung eines internationalen Kongresses aus Anlass des 350 Jahrestages des Westfälischen Friedens in Osnabrück

*Zahl der KDV-Anträge: 156.763; Zahl der KDV-Anerkennungen: 134.507*

**1997:** Fachtagung: „Kriegsdienstverweigerung in Europa“

*Zahl der KDV-Anträge: 154.972; Zahl der KDV-Anerkennungen: 142.747*

**1998:** Pfingsten „Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongress Osnabrück 1998“

Fachtagung: „Zukunft der Wehrpflicht – Entscheidung im neunten Bundestag“

*Zahl der KDV-Anträge: 171.657; Zahl der KDV-Anerkennungen: 137.141*

**1999:** Empfang des Vorstands der Zentralstelle KDV bei Bundespräsident Rau.

*Zahl der KDV-Anträge: 174.347; Zahl der KDV-Anerkennungen: 141.490*

**2000:** Fachtagung „Geht es ohne Zivis nicht? – Die Zukunft des Zivildienstes.“

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Renate Schmidt wird Präsidentin der Zentralstelle KDV und löst in diesem Amt Helmut Simon ab.

Der Präsident des Bundestages Wolfgang Thierse gibt zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer einen Empfang für ausländische Kriegsdienstverweigerer.

Die Zivildienstdauer wird auf 11 Monate verkürzt.

*Zahl der KDV-Anträge: 172.685; Zahl der KDV-Anerkennungen: 146.099*

**2001:** Wegen der zunehmenden Einberufung Ungerechtigkeit – Kriegsdienstverweigerer werden zu einem höheren Anteil zur Zivildienstleistung herangezogen als Nicht-KDVer zum Grundwehrdienst – startet die Zentralstelle KDV die Informationskampagne "Wehrdienst? – Zivildienst? – NULL-Dienst!", mit der sie dazu rät, einen KDV-Antrag erst dann zu stellen, wenn tatsächlich eine Einberufung zur Bundeswehr erfolgt. Wegen des verringerten Personalbedarfs der Bundeswehr besteht in diesem Fall eine Chance von 50 Prozent, keinen Einberufungsbescheid zur Bundeswehr zu erhalten und somit keinerlei Dienst leisten zu müssen. Bei schneller und damit rechtzeitiger KDV-Antragstellung nach Erhalt eines Einberufungsbescheides zur Bundeswehr hindert diese die Einberufung, so dass das KDV-Anerkennungsverfahren mit größter Aussicht auf Erfolg in Ruhe betrieben werden kann. Die Anzahl der KDV-Anträge verringert sich in den Folgejahren nach Bekanntwerden der Information und der Rahmenbedingungen bei den Betroffenen

Studie „Die Neuausrichtung der Bundeswehr und die Frage der Wehrgerechtigkeit“

*Zahl der KDV-Anträge: 182.420; Zahl der KDV-Anerkennungen: 153.212*

**2002:** Renate Schmidt wird Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und legt ihr Amt als Präsidentin der Zentralstelle KDV nieder. Ihre Nachfolgerin wird die Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann.

Die Grundwehrdienstdauer wird auf 9 Monate verkürzt, die Dauer des Zivildienstes auf 10 Monate.

*Zahl der KDV-Anträge: 189.644; Zahl der KDV-Anerkennungen: 153.925*

**2003:** Ulrich Finckh kandidiert nach über 30 Jahren als Vorsitzender nicht erneut, seine Nachfolge tritt die bisherige stellvertretende Vorsitzende, die Rechtsanwältin Barbara Kramer aus Wolfenbüttel an.

Mit dem neuen KDV-Gesetz ist für die staatliche Anerkennung aller Kriegsdienstverweigerer ausschließlich das Bundesamt für den Zivildienst zuständig, die Ausschüsse und Kammern für KDV werden aufgelöst.

Der Sitz der Zentralstelle KDV wird nach Bockhorn (Landkreis Friesland) an den Wohnort des Geschäftsführers Peter Tobiassen verlegt.

*Zahl der KDV-Anträge: 170.745; Zahl der KDV-Anerkennungen: 147.809*

**2004:** Die Zivildienstdauer wird auf 9 Monate verkürzt und entspricht damit erstmals wieder den Vorschriften des Grundgesetzes, das im Artikel 12a Absatz 2 bestimmt: "Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen."

*Zahl der KDV-Anträge: 154.163; Zahl der KDV-Anerkennungen: 115.779*

**2005:** Studie „Wehrgerechtigkeit 2005“

*Zahl der KDV-Anträge: 139.536; Zahl der KDV-Anerkennungen: 100.971*

**2006:** *Zahl der KDV-Anträge: 140.756; Zahl der KDV-Anerkennungen: 96.677*